

Online-Artikel: Die Labour-Partei und die Wahl 2019

von Mary Kaldor¹



☞ **Mary Kaldor** ist emeritierte Professorin für Global Governance und Leiterin der Abteilung für Konfliktforschung und Zivilgesellschaft am Institut für Internationale Entwicklung der London School of Economics and Political Science

Foto: Universität von Sussex

Wie konnte es so weit kommen, dass das Vereinigte Königreich einen erwiesenen Lügner zum Premierminister gewählt hat; jemanden, der nicht weiß, wie viele Kinder er hat und scherzhaft rassistische und frauenfeindliche Ausdrücke verwendet? Wie konnte es passieren, dass dieser Mann mit einem monumentalen Akt der Selbstzerstörung, dem Brexit, eine konservative Mehrheit erlangte?

Die Konservative Partei brachte kaum AktivistInnen auf die Straße; sie hat weniger als 70.000 – hauptsächlich ältere – Mitglieder (Labour hat eine halbe Million). Diejenigen von uns, die im Tür-zu-Tür-Wahlkampf aktiv waren, haben nicht einen einzigen Wahlkämpfer der Tories zu Gesicht bekommen und nur sehr wenige Tory-Wahlplakate. Das Wahlprogramm der Konservativen war lückenhaft, es neigte zu Unschärfen und Wiederholungen – zum Beispiel hinsichtlich der Anzahl der Krankenhäuser, die neu gebaut, oder der KrankenpflegerInnen, die neu eingestellt werden sollten. Im Gegensatz dazu verfügte Labour über ein spannendes und ehrgeiziges Wahlprogramm – das Ergebnis jahrelanger harter Arbeit, vor allem des Labour-Schattenkanzlers John McDonnell. Es beinhaltete einen Green New Deal, umfangreiche Investitionen in öffentliche Dienstleistungen und Einrichtungen und innovative Vorschläge wie ein Breitbandnetz in öffentlicher Hand.

Boris Johnson unterlief ein Fauxpas nach dem nächsten. Um nur ein paar Beispiele zu

nennen: Er nahm einem Reporter das Handy weg, nachdem dieser ihm das Foto eines auf dem Fußboden einer Klinik liegenden kranken Jungen gezeigt hatte; er versteckte sich in einem Kühlschrank, um MedienvertreterInnen zu entweichen; er drückte sich vor öffentlichen Veranstaltungen zum Klimaschutz und in seinem eigenen Wahlkreis; er weigerte sich, von BBC-Moderator Andrew Neil befragt zu werden, obwohl alle anderen Parteivorsitzenden dies getan hatten, und zwar im klaren Einvernehmen, dass der Vorsitzende der Tories ebenfalls interviewt werden würde. Und dennoch scheint die unerbittliche Botschaft des „*Get Brexit Done*“ („den Brexit zu Ende bringen“) – die mit der Verunglimpfung von Jeremy Corbyn kombiniert und von einer finanzstarken Tory-Parteizentrale über die sozialen Medien und die Boulevardpresse verbreitet wurde – zumindest in England und Wales einen Nerv getroffen zu haben. Ein Whisky-Exporteur aus East Dumbartonshire, wo die Vorsitzende der Liberaldemokraten Jo Swinson ihren Sitz im Parlament nicht verteidigen konnte, hat es auf den Punkt gebracht: „Ich glaube nicht, dass es einen Unterschied gemacht hätte, wenn die Tories Koko den Silberrücken-Gorilla zum Vorsitzenden gehabt hätten – sie hatten eine mit dem *Union Jack* drapierte Botschaft und die WählerInnen in England haben sie ihnen abgekauft.“

Diese Wahl war eine Brexit-Wahl. Die Brexit-BefürworterInnen versammelten sich hinter der Konservativen Partei und erzielten – alle Pro-Brexit-Parteien zusammengenommen (Anm. d. Red. d.h. Konservative, DUP, Brexit-Partei, etc.) – 47 Prozent der Stimmen. Die Stimmen derjenigen, die den Brexit ablehnen – und das ist die Mehrheit der Bevölkerung – verteilten sich auf die Labour-Partei, Liberaldemokraten und Grüne, sowie die nationalistischen Parteien Schottlands, Wales und Nordirlands. Im britischen Mehrheitswahl-system sind im Grunde nur die beiden großen Parteien von Bedeutung. Die Brexit-Position der Labour-Partei überzeugte niemanden. Ihr Versprechen, ein zweites Referendum durch-

zuführen, wurde von den Brexit-BefürworterInnen abgelehnt, während die Weigerung, sich auf eine klare Haltung für den Verbleib in der EU festzulegen, die Brexit-GegnerInnen verschreckte. Die Konservativen erhöhten ihren Stimmanteil im Vergleich zur Wahl 2017 gerade einmal um 1,5 Prozentpunkte, aber Labours Stimmanteil sank um acht Prozentpunkte, wovon vor allem die anderen proeuropäischen Parteien profitierten. Dies ermöglichte eine Reihe konservativer Wahlerfolge in einer Region, die als „Rote Mauer“ bekannt ist – denn diese Region in der Mitte und im Norden Englands, die sich von der Irischen See bis zur Nordsee erstreckt, ist die traditionelle Herzkammer der Labour-Partei.

Ich habe viel Wahlkampf in den Arbeitervierteln Brightons gemacht, wo ich lebe. Aufgefallen ist mir dabei insbesondere, dass es sich bei jenen, die „den Brexit zu Ende bringen“ wollen, um eine weitestgehend homogene Gruppe älterer weißer, in der Regel männlicher, Mitglieder der Arbeiterklasse handelt, während jene, die die Absicht äußerten, die Labour-Partei zu wählen, in allen gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen, sowie in migrantischen und nicht-migrantischen Communities anzutreffen waren. Ja, es gibt viele Gründe, über die Unzulänglichkeiten der Labour-Kampagne zu diskutieren, aber ich würde argumentieren, dass das grundlegende Problem in dem Versagen einflussreicher Teile der Partei besteht – und das betrifft sowohl den linken als auch den rechten Parteiflügel –, den gesellschaftlichen Wandel, der sich in Folge der Globalisierung vollzieht, wirklich zu begreifen. Die Wahl in Großbritannien hält deshalb auch für SozialdemokratInnen in anderen Teilen Europas wichtige Lektionen bereit.

Vier Jahrzehnte Neoliberalismus haben die britische Wirtschaft zu Gunsten des Finanzsektors und zu Ungunsten des verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus oder der Landwirtschaft völlig neu ausgerichtet – in Folge der Finanzkrise 2008 hat sich dieser Trend noch verstärkt. Vor allem hat die Neuausrichtung der Wirtschaft auf dramatische Weise die soziale Ungleichheit erhöht und die Klassenzu-

sammensetzung der Gesellschaft verändert. Auf der einen Seite gingen manuelle Jobs für qualifizierte Arbeitskräfte, insbesondere in der Produktion und im Bergbau, verloren. Auf der anderen Seite nahmen sowohl Angestelltentätigkeiten für qualifizierte Arbeitskräfte (im öffentlichen Sektor oder im Bereich der neuen Technologien) als auch unterbezahlte Dienstleistungsjobs für Ungelernte zu, inklusive der berüchtigten Null-Stunden-Verträge. Während die qualifizierten Arbeitskräfte in den manuellen Jobs der Vergangenheit vorwiegend weiß und männlich waren, handelt es sich bei den neuen gelernten und ungelerten ArbeiterInnen und Angestellten häufig um Menschen mit Migrationshintergrund und wesentlich mehr Frauen.

Zweitens gehen die Verschiebungen in der Sozialstruktur mit einer drastisch gestiegenen geografischen Ungleichheit einher. In den großen Städten, wo der Rückgang des Labour-Stimmanteils weniger ausgeprägt war, sind alle der oben genannten gesellschaftlichen Gruppen zu Hause, insbesondere aber hochqualifizierte Beschäftigte und das „neue“ multikulturelle Prekariat. Auch wenn es innerhalb der Städte eine krasse soziale Ungleichheit gibt, haben diese Orte dennoch am meisten von dem von der Finanzwirtschaft befeuerten Wachstum profitiert. Die sogenannten abgehängten Regionen befinden sich dort, wo Bergbau und Industrie verschwunden sind, wo sowohl gut ausgebildete Arbeitskräfte als auch qualifizierte Arbeitsplätze rar sind, wo es in der Regel wenig Einwanderung gibt und von wo aus die talentiertesten jungen Menschen abwandern, um in die großen Städte zu ziehen. Diese Regionen werden häufig als „Geografien der Unzufriedenheit“ bezeichnet und sie ähneln jenen Gegenden Ostdeutschlands, wo die AfD besonders große Erfolge erzielen konnte.

Das Problem dieser Regionen ist sowohl ein politisches als auch ein wirtschaftliches. Meine Untersuchungen zu den Auswirkungen des Brexits vor Ort zeigen, dass das Gefühl der politischen Entmachtung eine genauso große Rolle spielt wie wirtschaftliche Faktoren. Labour hat den Rückhalt dieser Regionen bei

Wahlen immer als selbstverständlich erachtet. Die örtlichen Abgeordneten waren oft abwesend, viele der gesellschaftspolitischen Initiativen des letzten Jahrhunderts wurden eingestellt. Die Menschen in diesen Gegenden fühlen sich angesichts des unter den Labour-Premierministern Tony Blair und Gordon Brown fortgesetzten Neoliberalismus im Stich gelassen und fanden lange keinen Weg, diesem Gefühl Ausdruck zu verleihen.

Die Verschiebung weg von der Industrie und hin zur Finanzwirtschaft hatte auch Auswirkungen auf das Wesen des Staates. Großbritannien ist heute extrem von der Finanzwirtschaft als Einnahmequelle abhängig und entwickelt sich dadurch zu einer Art Rentierstaat, der anfällig ist für dieselben Leiden wie beispielsweise erdölexportierende Staaten. Man kann argumentieren, dass die heutige Kultur der Vergabe öffentlicher Aufträge an Dritte, die eng mit dem Neoliberalismus verbunden ist, eine neue Art konservativer PolitikerInnen hervorgebracht hat, die eher an Macht um der Macht willen und am Zugang zu staatlichen Fördermitteln interessiert sind als am Gemeinwohl. Diese Kultur hat etwas hervorgebracht, das man als neue Klasse nepotistischer Kapitalisten oder Oligarchen bezeichnen könnte, welche die Tory-Partei finanzieren und weite Teile der Medien kontrollieren – insbesondere die Boulevardpresse.

Es ist die Anziehungskraft, die diese Oligarchen auf die traditionelle weiße Arbeiterschaft ausüben, die die Tories zum Erfolg geführt hat und die der sozialen Arithmetik zugrunde lag, die im Jahr 2016 zum Brexit-Votum führte – eine Allianz ganz ähnlich jener, die Donald Trump in den Vereinigten Staaten geschmiedet hat. In der Tat ist die Kombination aus neuen Technologien und kapitalistischer Vetternwirtschaft typisch für den Rechtspopulismus unserer Zeit.

Die Haltung der Labour-Partei zum Brexit war mehrdeutig und zaudernd. Nach dem Referendum im Jahr 2016 versprach die Partei, das Ergebnis der Abstimmung zu respektieren und befürwortete die unmittelbare Aktivierung von Artikel 50 des EU-Vertrags von Lis-

sabon, wodurch ein zunächst auf zwei Jahre begrenzter Verhandlungsprozess über die Einzelheiten des Austritts in Gang gesetzt wurde. Verglichen mit Theresa Mays Deal sprach sich Labour für ein „weicherer“ Abkommen mit der EU aus, das Arbeitsplätze und Wirtschaft schützen, jedoch gleichzeitig die Einwanderung eindämmen sollte. Trotz des erheblichen Drucks, den die proeuropäischen Mitglieder an der Parteibasis erzeugten, weigerte sich die Labour-Führung, sich klar für eine erneute Abstimmung auszusprechen. Das Resultat waren große Verluste bei den Kommunal- und Europawahlen in diesem Jahr, wovon vor allem Liberaldemokraten und Grüne profitierten. Erst nachdem Ortsverbände der Labour-Partei mehr als 60 entsprechende Anträge für den Parteitag im vergangenen September eingereicht hatten, übernahm die Parteiführung eine „Kompromisshaltung“, der zufolge Labour einen „besseren“ Deal mit der EU aushandeln und bei einem erneuten öffentlichen Votum darüber abstimmen lassen würde. Die Labour-Partei vermied es jedoch, klarzustellen, ob sie sich im Vorfeld eines solchen Votums für den Ausstieg oder für einen Verbleib in der EU einsetzen würde. Erst viele Wochen später, im Wahlkampf, sagte Corbyn, er persönlich wolle in der Frage „neutral“ bleiben. Am Ende verlor Labour fast zweimal so viele Stimmen an Parteien, die sich für einen Verbleib in der EU ausgesprochen hatten, als an Parteien, die den Brexit befürworteten. In 28 der Herzkammer-Wahlkreise, die Labour bei der Wahl verloren hat, erhielten die anderen proeuropäischen Parteien zusammengekommen eine Anzahl an Stimmen, die größer war als der Vorsprung der Tories vor der zweitplatzierten Labour-Partei. Das Zaudern bei der Positionierung zum Brexit, die Entscheidung, sich bei der wichtigsten politischen Frage unserer Zeit nicht festzulegen, die Bereitschaft, eine härtere Einwanderungspolitik mitzutragen – um nur einige Beispiele zu nennen – könnten Jeremy Corbyn ebenfalls seinen Ruf als grundlegend anderer, prinzipientreuer Politiker gekostet haben.

Nach der Wahl beschuldigten die sogenannten *Lexiter* – Mitglieder des linken, den Brexit-befürwortenden Flügels der Partei, ins-

besondere in Person des Generalsekretärs der Gewerkschaft Unite, Len McCluskey – die *Remainer*, sie hätten die Wahlniederlage mit ihrem Drängen darauf, die Partei möge sich für ein zweites Referendum aussprechen, herbeigeführt. Die *Lexiter*, vergleichbar vielleicht mit Teilen der Partei *Die Linke* in Deutschland, haben ein sehr traditionelles Bild von der Arbeiterschaft und glauben, die Labour-Partei könne ihre ehemaligen Hochburgen nur dann zurückgewinnen, wenn sie sich sozialpolitisch links, kulturell – in Sachen Nationalismus und Einwanderungspolitik – jedoch rechts positioniert. Der rechte Flügel der Labour-Partei hingegen, die Erben der Blair-Jahre, sind der Überzeugung, dass Labour zu weit nach links gerückt ist. Sie argumentieren, das Wahlprogramm sei zu ehrgeizig und schlicht unrealistisch gewesen. Das wiederum findet Widerhall bei denjenigen, die der Erzählung der Konservativen anhängen, nicht die Banken hätten die Finanzkrise ausgelöst, sondern die Labour-Partei mit ihrer Zügellosigkeit; der harte Sparkurs war nach dieser Lesart unumgänglich. Diese Leute, die Corbyn von Anfang an bekämpft haben, sind dieselben, die die Stimmen der einfachen ArbeiterInnen und Angestellten immer als gegeben hingenommen haben und glaubten, die Labour-Partei könne nur dann Wahlen gewinnen, wenn sie sich bei der Mittelschicht beliebt machte. Sie sind wahrscheinlich am ehesten mit dem Clinton-Flügel der US-Demokraten vergleichbar.

Die große Mehrheit der Labour-Mitglieder lässt sich keiner dieser beiden Gruppierungen zuordnen. Sie sind sowohl links als auch für einen Verbleib in der EU, sowohl internationalistisch als auch sozialistisch. Viele von ihnen sind in die Labour-Partei geströmt, als Jeremy Corbyn zu deren Vorsitzendem gewählt wurde. Sie sind in der Regel jung und multikulturell. Unter ihnen sind sowohl gut ausgebildete Angestellte des öffentlichen Dienstes und der Hightech-Industrie als auch ungelernete ArbeiterInnen ganz verschiedener Herkunft. Die Wählerstimmen für Labour im Süden, und in der Tat auch in Teilen des Nordens, kamen nicht nur aus der Mittelschicht. Ein Großteil der StudentInnen und BAME² (einer schwarzen, asiatischen oder

anderen ethnischen Minderheit angehörende Menschen) unterstützte Labour – wie auch viele Mitglieder der weißen Arbeiterklasse.

Die proeuropäischen linken AktivistInnen in der Labour-Partei, in der sozialen Bewegung *Momentum* (welche im großen Stil Unterstützung für Jeremy Corbyn organisiert hat) und in linken Anti-Brexit-Organisationen wie *Another Europe is Possible*, haben eine Graswurzelkampagne enormen Ausmaßes auf die Beine gestellt – die größte, die ich je in einem Wahlkampf erlebt habe. Es kam zu einem rapiden Anstieg an Neumitgliedschaften, vor allem junger Leute. Es gab eine von der Basis organisierte Online-Kampagne für strategisches Wahlverhalten, die mehrere Webseiten umfasste, welche Millionen von BesucherInnen verzeichneten. Zehntausende AktivistInnen waren auf den Straßen unterwegs, um in hart umkämpften Stimmbezirken Wahlkampf zu machen. *Momentum* hat eine Kampagne in den sozialen Medien gestartet, die Millionen Menschen erreichte – mit einem Bruchteil des Geldes, das die Tories ausgegeben haben. Alle, die in den Wahlkampf involviert waren, empfanden das Wahlergebnis daher als Schock. Auch wenn die Meinungsumfragen durchweg eine Führung der Tories angezeigt hatten, glaubten doch die meisten von uns, dass sich eine Politik, die nah an den Menschen ist, am Ende gegen eine rein digital stattfindende Politik durchsetzen würde.

Und vielleicht hätte sich das auch bewahrt, wenn die offizielle Wahlkampagne der Labour-Partei auf einer Linie mit der Graswurzelkampagne gewesen wäre. Denn auch wenn das größte Versagen der offiziellen Kampagne in ihrer Positionierung zum Brexit bestand, so wies sie doch auch noch weitere Mängel auf. Zunächst einmal haftete der Vorwurf des Antisemitismus weitaus hartnäckiger an Labour, als es der Vorwurf des Rassismus und der Islamophobie bei den Tories tat. Paradoxerweise waren es die Konservativen, die aufgrund antisemitischer Aussagen einen Kandidaten aus dem Rennen nehmen mussten. Nicht weniger als fünf Tory-KandidatInnen wurden der Islamophobie bezichtigt. Es war Boris Johnson, der die Burka als Briefkasten beschrieb und

2 BAME steht für "Black, Asian and minority ethnic"

damit ExtremistInnen zu Versuchen anstachelte, Zettel durch Augenschlitze zu stecken, und es war Boris Johnson, der Schwarze als *Picaninnies* bezeichnete. All das soll in keiner Weise Labours Antisemitismus entschuldigen. Auch der Vorwurf, Corbyn stelle ein Sicherheitsrisiko dar, weil er in der Vergangenheit Gespräche mit der IRA und mit der Hamas geführt hat, blieb hängen – obgleich die Allianz der Tories mit einer ähnlich extremen und gewalttätigen Organisation, der nordirischen Democratic Unionist Party (DUP), nie hinterfragt wurde.

Zweitens wirkte die offizielle Labour-Kampagne vielleicht auch deshalb etwas lustlos, weil Corbyn seine anfängliche Magie eingebüßt hatte. Die Labour-Partei hat es in den ersten beiden Wochen des Wahlkampfes nicht vermocht, den Telefonwahlkampf ins Laufen zu bringen. Corbyn selbst machte über weite Strecken einen müden und gereizten Eindruck. Loyalität wurde augenscheinlich für wichtiger befunden als ein Wahlsieg, da statt der *Remain*-Stars Keir Starmer oder Emily Thornberry treue Parteisoldaten wie Richard Burgon oder Rebecca Long-Bailey die prominenten Rollen erhielten. Berichten zufolge weigerte sich das Wahlkampfteam, den Meinungsfragen Glauben zu schenken und verwendete seine Ressourcen für jene eng umkämpften Wahlkreise, die es neu hinzugewinnen hoffte, anstatt dafür, bestehende Labour-Wahlkreise zu halten.

Drittens könnten der Ehrgeiz und der enorme Umfang des Wahlprogramms die Kraft eines eingängigen Slogans oder einer stimmigen Erzählung unterminiert haben, die es mit dem Slogan „*Get Brexit Done*“ hätten aufnehmen können – obgleich das Motto „*Real Change*“ (echter Wandel) gut angekommen zu sein scheint. Für viele WählerInnen ist der harte Sparkurs der letzten Jahre so zur Normalität geworden, dass sie nicht in der Lage sind, sich für die Art Hoffnung, die ihnen von der Labour-Partei angeboten wurde, zu öffnen.

Bemerkenswert ist, dass eine Gruppe linker, proeuropäischer Abgeordneter – unter ihnen ein hoher Anteil an Frauen und BAME –, die

mit dem Slogan ‚*Love Socialism, Hate Brexit*‘ bekannt geworden ist, bei der Wahl ziemlich gut abgeschnitten hat. Nur zwei Mitglieder der Gruppe haben ihre Sitze im Parlament verloren, einer davon ging in Schottland an die Schottische Nationalpartei (SNP). Der Wahlkreis, in dem ich wohne, fiel bei den Wahlen in den Jahren 2010 und 2015 an die Konservativen. 2017 gewann der Labour-Politiker Lloyd Russell-Moyle den Wahlkreis mit einem Vorsprung von 10.000 Stimmen; der Kandidat der Grünen war zuvor zurückgetreten. Bei dieser Wahl trat Lloyd Russell-Moyle mit einer klaren und verbindlichen proeuropäischen Haltung an; in der Zeit seit der letzten Wahl hatte er hart daran gearbeitet, ein Unterstützernetzwerk vor Ort aufzubauen. Wann immer ich im Wahlkampf unterwegs war, traf ich Menschen, die Lloyd entweder kannten oder denen er geholfen hatte. Sein Wahlkampf wurde von mehreren Hundert örtlichen AktivistInnen unterstützt, die um die 20.000 Gespräche mit potentiellen WählerInnen führten, zehntausende Falblätter eintüteten und eigenhändig auslieferten, telefonische Spendenaufrufe durchführten und Wahlkampfstände aufbauten. Dieses Mal war eine Kandidatin der Grünen im Rennen, die 3.000 Stimmen holte. Trotzdem gelang es Lloyd, die Wahl mit einem Vorsprung von 9.000 Stimmen zu gewinnen. Ähnliche Erfolge wurden auch andernorts, sowohl im Norden als auch im Süden, erzielt – zum Beispiel von Rosie Duffield in Canterbury, Chi Onwurah in Newcastle oder Alex Sobel in Leeds.

Die Wahlergebnisse in Schottland und Nordirland unterschieden sich erheblich von denen in England und Wales. In beiden Landesteilen gewannen proeuropäische nationalistische Parteien. In Schottland gewann die SNP vierzehn Sitze hinzu, während die Tories sieben Sitze verloren, Labour sechs und die Liberaldemokraten einen. In Nordirland verlor die DUP zwei Sitze, sodass es dort nun eine nationalistische Mehrheit gibt. Beiderorts werden nun Rufe nach Referenden laut, um über die Unabhängigkeit Schottlands beziehungsweise die Wiedervereinigung Irlands abzustimmen. Die konservative Regierung wird sich diesen Rufen jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach mit aller Macht entgegenstellen.

Die Aussichten für das Vereinigte Königreich sind düster. Dies ist eine Regierung, die zu allem bereit ist, um an der Macht zu bleiben. Sie wird eine Verschiebung der Wahlkreisgrenzen veranlassen und neue Ansätze wie eine Ausweispflicht für WählerInnen verfolgen, die es in Zukunft für Labour noch schwerer machen werden, Wahlen zu gewinnen. Die Politik des *Hostile Environment* – der „feindlichen Umgebung“ – gegenüber EinwanderInnen werden sie nun wahrscheinlich auch auf EuropäerInnen anwenden, was fatale Folgen für die Wirtschaft haben und wohl auch einen Anstieg an Hassverbrechen nach sich ziehen wird. Sie werden Handelsabkommen vereinbaren, die die Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards absenken werden. Sie werden in einen Konflikt mit Schottland und Nordirland geraten. Und das Drama um den Brexit setzt sich fort, während die zukünftigen Beziehungen zur EU verhandelt werden. Vor allem aber ist die Zuversicht von Leuten wie mir, die das Gefühl hatten, in einer grundsätzlich anständigen Gesellschaft zu leben, verloren gegangen.

SozialdemokratInnen im Rest Europas sollten nicht die Schlussfolgerung ziehen, die Labour-Partei habe die Wahl verloren, weil sie zu weit nach links gerückt sei. Die Labour-Partei hat die Wahl deshalb verloren, weil sie nicht internationalistisch und proeuropäisch genug war. SozialdemokratInnen müssen radikale Politikansätze entwickeln, die sowohl den Klimawandel als auch das Thema der sozialen Gerechtigkeit adressieren und die sowohl ihre traditionellen WählerInnen ansprechen, wie auch jene, die man als „neue“ Arbeiterklasse bezeichnen könnte – multikulturell, gelernt und ungelern, jung, weiblich wie männlich.

Labours Wahlprogramm wäre wahrscheinlich nur schwer realisierbar gewesen ohne einen gleichzeitigen Wandel im Rest Europas – zum Beispiel in Form einer Eindämmung von Finanzspekulationen, globalen CO₂-Emissionen oder der transnationalen Steuerflucht von Unternehmen. Die soziale Bewegung, die die Wahl von Jeremy Corbyn zum Parteivorsitzenden ermöglicht hat, wird nicht einfach wieder verschwinden. Sie wird der konservativen Regie-

rung Paroli bieten und mit lokalen Initiativen im ganzen Land zusammenarbeiten. Großbritannien wird weiterhin ein Teil Europas sein, auch wenn es die Europäische Union verlässt, und die Linke braucht auch weiterhin die internationale Solidarität. ■